

2700 Agrarier klagen

Rund 100 Agrargemeinschaften fordern Entschädigungen von mehr als 1,5 Mrd. Euro.

Innsbruck – Die Agrargemeinschaftsfrage geht in die nächste Runde. Vor zwei Jahren haben 170 Tiroler Gemeinden mit dem neuen Agrargesetz wieder die Verfügungsgewalt und die Einnahmen aus ihren Gemeindegütern wie Pacht-erlöse, Grundstücks- oder Holzverkäufe zurückerhalten. Den Mitgliedern in den 250 Agrargemeinschaften verbleiben seither die gemeinschaftlichen Nutzungsrechte an Wald und Weide sowie der Haus- und Gutsbedarf. Mit Hilfe einer Prozessfinanzierungsagentur fordern jetzt 2700 Agrarier aus 100 Agrargemeinschaften Entschädigungen. Und zwar von den Gemeinden. Bis 30. Juni wurden bei der Abteilung Agrargemeinschaften in der Tiroler Landesregierung Anträge auf Entschädigungszahlungen in Höhe von mehr als 1,5 Milliarden Euro eingebracht. In den nächsten Wochen werden diese Forderungen geprüft, Dutzende Gemeinden haben dagegen Einspruch erhoben. (pn)

Mehr auf Seite 4